

Bern

Ironische Wahlwerbung
Der Kleber gegen Kiener Nellen war keine «üble Nachrede». 21



Wrestling in der Kiesgrube

Die Kieskrise im Kanton Bern ist immer mehr auch eine Staatsaffäre. Für die Missstände beim Kanton will weiterhin niemand verantwortlich sein. SVP-Regierungsrat Christoph Neuhaus verliert im Parlament sogar die Contenance.



Adrian Schmid

Unvollständig, unseriös, ungenügend: Die Kritik aus dem Parlament am Kontrollbericht der Regierung zum Kies- und Deponiewesen im Kanton Bern fiel vernichtend aus (siehe Artikel rechts). SVP-Regierungsrat Christoph Neuhaus fühlte sich derart provoziert, dass er gestern im Grossen Rat zum Gegenschlag ausholte und Grossräte, die Geschäftsprüfungskommission des Parlaments (GPK), ja indirekt sogar SP-Regierungsrätin Barbara Egger (SP) verbal angriff. Zudem zitierte er wörtlich aus einem geheimen Kommissionsprotokoll. Grossratspräsidentin Ursula Zybach (SP) sagte danach, dass es ihr im Parlament noch nie «so kalt den Rücken heruntergelaufen ist».

Damit ist die Berner Kieskrise definitiv eskaliert. Mittlerweile geht es nicht mehr

bloss um ein paar Firmen, die möglicherweise eine marktbeherrschende Stellung missbraucht haben. Vielmehr hat sich das Ganze zu einer Staatsaffäre entwickelt. Die GPK deckte Missstände auf: Die Kontrollen der Branche durch den Kanton sind mangelhaft, die Zuständigkeiten diffus. Mehrere Direktionen sind involviert. Und in der Regierung fühlt sich niemand schuldig. «Wenn für eine Sache mehrere Stellen verantwortlich sind, ist offenbar niemand verantwortlich», sagte der grüne Grossrat Hasim Sancar.

Der Konter von Egger

Neuhaus betonte vor dem Parlament mehrmals, dass nicht seine Direktion für die Probleme bei der Kontrolle der Kiesgruben zuständig sei, sondern Eggers Baudirektion. In dieser sei die Oberaufsicht über den Betrieb der Gruben ange-

siedelt, zitierte er aus dem Gesetz. Sein Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) kümmere sich um die planerischen Aspekte. «Wer nicht zufrieden ist, soll nicht mir ans Velo pinkeln.»

Die Differenzen zwischen Neuhaus und Egger in dieser Frage sind nicht neu. Egger sagte gestern auf Anfrage, dass sie zu Vorwürfen eines Regierungskollegen in der Öffentlichkeit keine Stellung nehme. Sie werde aber «persönlich» mit Herrn Neuhaus «ein Gespräch führen». Zudem verwies sie auf ein Referat, das sie vor ein paar Monaten beim kantonalen Kies- und Betonverband hielt. Dort sagte Egger, dass der Begriff Oberaufsicht «ein juristischer» sei. Beim Betrieb der Gruben hätten auch Bau-, Gewerbe-, Forst-, Strassenbau- und Wasserbaupolizei Aufsichtsbefugnisse. Es sei nicht so, dass ihr Amt für Wasser und Abfall (AWA) über

die anderen Behörden wache. Das AWA sei nur für die Bereiche zuständig, «die von den anderen Überwachungsinstanzen nicht kontrolliert werden».

Für den Grossen Rat spielt es mittlerweile aber keine Rolle mehr, ob nun Egger oder Neuhaus recht hat. Das Parlament beschloss gestern, dass künftig noch eine Stelle beim Kanton die Gesamtverantwortung im Kies- und Deponiewesen wahrnehmen soll. Welche das sein soll, muss die Regierung entscheiden.

Geheimes ausgeplaudert

Derweil streitet Neuhaus nicht nur mit Egger, sondern auch mit der GPK. Es geht dabei um einen Bericht der Finanzkontrolle, den die GPK in Auftrag gab. Im Bericht steht, dass die Kiespreise im Kanton Bern erhöht seien und dadurch für den Kanton als Bauherr Jahr für Jahr ein Mil-

Parlament rüffelt Regierung

Der Kanton Bern muss seine Aufsicht über die Kies- und Deponiebranche verbessern. Dies hat der Grosse Rat gestern bei der Beratung des Controllingberichts klar gemacht. So soll sichergestellt werden, dass künftig Daten vorliegen, die klare Schlussfolgerungen ermöglichen. Auch soll die Regierung besser über die Erreichung der Ziele Rechenschaft ablegen. Mit dem vorliegenden Controllingbericht war das Parlament nicht zufrieden, auch wenn er am Ende zur Kenntnis genommen wurde. Seit drei Jahren ist die Berner Kiesbranche unter besonderer Beobachtung. Der «Bund» machte damals publik, dass mehrere Firmen möglicherweise eine marktbeherrschende Stellung missbraucht haben. Die Wettbewerbskommission prüft dies derzeit. Eine Untersuchung leitete auch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rats ein, sie interessiert sich für die Rolle des Kantons. (sda/ad)

lionenschaden entstehe. Für die GPK ist das plausibel, nicht aber für Neuhaus. «Ich kann das Papier nicht ernst nehmen», sagte er. Die Wettbewerbskommission (Weko) sei kompetenter. Diese prüft die Preise momentan ebenfalls, ist aber noch zu keinem Ergebnis gekommen.

Neuhaus hat sich im Weiteren mit GPK-Präsident Peter Siegenthaler (SP) angelegt. Die GPK beschloss kürzlich, dass der Bericht der Finanzkontrolle geheim bleibt - obwohl der «Bund» im Juli die Resultate veröffentlicht hatte. Der Regierungsrat protestierte und forderte eine Veröffentlichung. Siegenthaler liess aber verlauten, dass Egger und Neuhaus in der Kommission noch gegen eine Veröffentlichung gewesen seien. Neuhaus warf Siegenthaler daraufhin vor, das Kommissionsgeheimnis verletzt zu haben. Gestern sagte Neuhaus, er habe sich in der GPK sehr wohl für eine Veröffentlichung ausgesprochen. Er zitierte deshalb im Parlament seine Aussage aus dem geheimen GPK-Protokoll.

Siegenthaler sagte, dass man jetzt «mindestens einen zweiten Fall» habe, in dem das Kommissionsgeheimnis geritzt oder vielleicht sogar verletzt worden sei. Für Neuhaus wird das aber kaum ein Nachspiel haben - zumal er nur die eigene Aussage zitierte. Selbst FDP-Nationalrätin Christa Markwalder blieb unbehelligt, als sie vor zwei Jahren Unterlagen aus der Kommission an einen Lobbyisten weitergab. Daraus entstand die Kasachstan-Affäre. Neuhaus sagte nach der Debatte, dass er im Vorfeld abgeklärt habe, wie weit er gehen dürfe. Vielleicht habe er im Endeffekt etwas «zu emotional» reagiert. «Wenn man mich aber mit Dreck bewirft, schiesse ich mit Steinen zurück.»

Statt des «Marschhalts» folgt nun die zügige Planung des Platzes in Wileroltigen

Der Grosse Rat will die Suche nach Plätzen für Fahrende nicht einstellen. Auf diesen Entscheid wird nun rasch ein Wileroltiger Projekt folgen.

Marc Lettau

Einen «Marschhalt» bei der Suche nach Plätzen für ausländische Fahrende hatte der Wileroltiger BDP-Grossrat Daniel Schwaar gefordert. Und auch Madeleine Amstutz (SVP, Schwanden-Sigriswil) hatte verlangt, die bisherige bernische Fahrendenpolitik zu sistieren und erst einmal ein klärendes Konzept zu erarbeiten. Doch die gestrigen Schlüsselentscheide fielen nicht im Sinne der beiden. Der Grosse Rat bodigte die zwei Motionen deutlich. Mit 85 zu 52 Stimmen wurde Schwaars «Marschhalt» zu einem Marschbefehl an Justizdirektor Christoph Neuhaus (SVP), die Suche nach Plätzen voranzutreiben. Mit dem praktisch identischen Stimmenverhältnis

wurde auch der Wunsch von Madeleine Amstutz versenkt. Selbst innerhalb ihrer Partei war die Unsicherheit gross, was denn weiteres Zuwarten nach sich zöge. Etliche SVP-Grossräte und -Grossrätinnen fürchteten die Folgen für die Gemeinden, sollte sich der Kanton aus der Lösungssuche verabschieden.

In der lebhaften Debatte wurde den Motionären vorgeworfen, sie bewirtschafteten das Problem, statt es zu lösen. So verlangte etwa Philippe Messerli (EVP, Nidau) nach rascher Linderung, denn Fahrende würden durch den Mangel an Plätzen in die Illegalität gedrängt. Andreas Burren (SVP, Lanzenhäusern) versuchte die Debatte in einen Stadt-Land-Konflikt zu kehren: Er empfahl die Schützenmatte in Bern als Transitplatz. Nach Demonstrationen fielen dort jeweils genügend Malerarbeiten für Fahrende an. Der Grüne Christophe Grupp (Biel) ortete schliesslich den geradezu biblischen Dauerknatsch: Das Konfliktmuster zwischen dem sesshaften Kain und dem herumziehenden Abel drohe man im Kanton Bern weiterzutragen.

Die gestrigen Entscheide des Grossen Rates sind eine Bestätigung der Fahrendenpolitik von Regierungsrat Christoph Neuhaus - und de facto eine explizite Bestätigung seines Plans, in Wileroltigen einen definitiven Transitplatz für 50 bis 70 Gespanne zu realisieren. Gegenüber dem «Bund» bestätigte Neuhaus, er sehe keine Alternative zu Wileroltigen: «Es ist schlicht die einzige geeignete Parzelle, die uns zur Verfügung steht.» Klar sei, dass für die Reisesaison 2018 in Wileroltigen noch kein offizieller Platz bereit stehen werde. Zunächst folgten die konkreten Planungsarbeiten. Zudem gelte es, die Bevölkerung in den umliegenden

Dörfen einzubeziehen. Wird aber der Transitplatz Wileroltigen den ganzen Druck abfedern können? Immerhin sind im Sommer bis zu 1500 Gespanne ausländischer Fahrender unterwegs, aber schweizweit wird nur Platz für 150 Wagen angeboten. Neuhaus kennt die Zahlen, ist aber überzeugt, dass sich mit einem neuen Platz die Lage «entscheidend» verbessern werde. Offensichtlich hegt er die Hoffnung, dass nun - angesichts der anlaufenden Planung für die definitive Wileroltiger Lösung - Gemeinden für provisorische Plätze Hand bieten könnten. Besonders im Raum Seeland und Biel ist diesbezüglich die Suche intensiv.

«Beklemmende» Pauschalurteile

Andreas Geringer, der während der Wirren in Wileroltigen als Mediator zwischen Behörden und Fahrenden agierte, sagte gestern, der Entscheid des bernischen Grossen Rates überrasche ihn nicht: Es sei ja von Beginn weg klar gewesen, dass die Fahrenden nächstes Jahr wiederkämen und eine Sistierung der Platzsuche

höchstens zu einer zusätzlichen Eskalation führen würde. Geringer, selber Sinto und Präsident des Verbandes Sinti und Roma Schweiz, räumte zugleich ein, die Grossratsdebatte sei für ihn auch «beklemmend» gewesen. Die Verallgemeinerungen machten ihm Mühe und das Ausblenden der problemlos verlaufenden Visiten von Fahrenden ebenso.

Möglicherweise wird Geringer auch nächstes Jahr wieder als Mediator unterwegs sein, sofern die Finanzierung des von der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) getragenen Projekts für 2018 gesichert werden kann. Dies bestätigte gestern GfbV-Kampagnenleiterin Angela Mattli. Für Mattli ist der Berner Grundratsentscheid übrigens «ein positives Bekenntnis» zu fahrenden Minderheiten. Die bernische Politik mache klar, dass Minderheitenrechte nicht verhandelbar seien. Fürs neue Jahr hofft Mattli - übrigens in Übereinstimmung mit Christoph Neuhaus - auf provisorische Angebote für ausländische Fahrende, gelte es doch, ähnliche Konflikte wie im vergangenen Sommer zu vermeiden.



Christoph Neuhaus
Der Justizdirektor hat sich mit seiner Politik für Fahrende auf der ganzen Linie durchgesetzt.